



## Bundesrat rüstet gegen Strahlung im Cern

Regierung warnt vor «Risiken für Angestellte, Bevölkerung und Umwelt»

Teilchendetektor CMS: Spitzenforschung im Welschland

FOTO: KEYSTONE

VON REZA RAFI

**BERN** Bundesrat Didier Burkhalter (FDP) sorgt sich um die radioaktive Strahlung und den Atommüll im Cern, dem Kernforschungszentrum bei Genf.

Sein Departement des Inneren (EDI) hatte deshalb letzten Oktober bei den Finanzkommissionen des Bundes die Bewilligung für zwei Nuklearexperten beantragt – für den Strahlenschutz beim Cern und zur Lösung der Endlagerfrage. Das geht aus einer vertraulichen Beilage des Kostenvoranschlags 2011 des Bundes hervor, die der SonntagsZeitung vorliegt. Der Aufwand für die beiden Stellen, die schliesslich bewilligt worden sind, beträgt jährlich 252 100 Franken.

In den nächsten Wochen wird das erste Inserat für einen Strahlenschutzexperten publiziert; Ar-

beitsbeginn ist idealerweise Mitte Sommer. Später soll die zweite Stelle ausgeschrieben werden.

Die Begründung von Burkhalters Begehren an die Parlamentarier liest sich eindeutig: Eine Ablehnung «würde eine Risikosteigerung für die Angestellten, die Bevölkerung und die Umwelt bedeuten». Zudem, führen die Beamten des EDI weiter aus, wäre die Schweiz ohne die zwei zusätzlichen Fachleute «nicht mehr in der Lage, adäquate Entscheidungen bezüglich Lagerung und Beseitigung der im Cern entstehenden radioaktiven Abfälle zu treffen.»

Grund für Burkhalters Sorgen ist der Teilchenbeschleuniger LHC (Large Hadron Collider). Dort jagen Forscher seit 2009 Wasserstoff- und Blei-Atomkerne mit annähernder Lichtgeschwindigkeit durchs Vakuum. Bei einer Kollision lässt sich die erste Millio-

sekunde nach dem Urknall rekonstruieren. Die neuen Experimente setzen indes auch mehr Strahlung frei.

### Im Cern lagern «zig Tonnen radioaktives Material»

Werner Zeller, Leiter Abteilung Strahlenschutz beim Bundesamt für Gesundheit, arbeitet momentan an den Details des Jobprofils. Für ihn ist die Aufrüstung seiner Abteilung, die derzeit aus gut dreissig Mitarbeitern besteht, überfällig. «Die Frage nach der Entsorgung der radioaktiven Abfälle des Cern ist offen», sagt er.

Neben Kernkraftwerken produzieren auch Forschungsbetriebe wie das Cern Atommüll. «Beim Cern lagern zig Tonnen radioaktives Material», sagt Zeller. Das sind Metalle – Röhren, Leitungen und Schutzmaterial aus Eisen oder Kupfer – die ionisierende

Strahlung absondern. Das schwach- und mittelaktive Material sei nicht mit der Gefährlichkeit von AKW-Brennstäben vergleichbar, betont Cern-Sprecher James Gillies. Ausserdem unternehme sein Arbeitgeber zusammen mit den französischen und Schweizer Behörden alles, um Mensch und Umwelt zu schützen. Zwischenfälle habe es denn auch nie gegeben: «Kein einziger unserer Mitarbeiter ist je radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen.» Laut Werner Zeller musste man aber schon mehrfach «Optimierungsmaßnahmen» treffen.

Letzten Herbst unterzeichnete die Schweiz mit Frankreich und dem Cern einen Vertrag, nach dem der Atommüll zwischen beiden Ländern je zur Hälfte aufgeteilt wird. In Bern wartet man derweil ungeduldig, dass Paris den Vertrag endlich ratifiziert.

## Krippen: Schwerer Stand für Männer

Der Berufsverband fürchtet die Auswirkungen des Missbrauchsfalls

**ZÜRICH** Der Berufsverband der Krippenleiterinnen geht davon aus, dass nach dem Pädophilen-Skandal in einer Krippe in Volketswil männliche Kinderbetreuer noch mehr unter Druck geraten. Die Männer könnten praktisch aus dem Erzieherberuf verschwinden. Letzte Woche wurde ein 29-jähriger Kleinkinderzieher verhaftet, der sexuelle Missbräuche an vier anderthalb- bis sechsjährigen Mädchen gestanden hat. «Der Fall wird

abschreckend wirken, und es werden noch weniger Männer eingestellt», sagt Vorstandsmitglied Ursula Neziri.



Kita in der Stadt Zürich: Keine Männer als Standortvorteil?

FOTO: TOM KAWARA

Laut Neziri wären aber mehr Kleinkinderzieher wünschenswert, da in den Krippen viele Kinder alleinziehender Mütter betreut werden. «Ihnen fehlt häufig eine männliche Bezugsperson.» Sie selbst würde einen Mann anstellen. Ob Mann oder Frau: «Wir arbeiten immer zu zweit.»

Und dies nicht nur bei heiklen Situationen wie Wickeln oder mit den Kindern auf die Toilette gehen. Doch nun könnten die Krippen es als Standortvorteil sehen, dass sie keine Männer beschäftigen.

Dabei sind Übergriffe durch Frauen gemäss Neziri genauso möglich. Die Krippenleiterin sieht bei der Aufsicht, die einmal jährlich einen Besuch abstattet, Verbesserungspotenzial. «Ein zusätzlicher unangemeldeter Besuch würde zeigen, wie der Alltag tatsächlich aussieht.»

Kinderbetreuung als Beruf ist bei Männern nicht beliebt. Jährlich schliessen 140 Frauen und drei bis fünf Männer die Ausbildung ab. Wie viele den Beruf ausüben, ist nicht bekannt. Auch die Zürcher Behörden, wo der pädophile Erzieher zuletzt in einer christlichen Kinderkrippe angestellt war, wissen nicht, wie viele Männer in Kitas arbeiten. Laut Experten gibt es nur vereinzelt männliche Betreuer. PETRA WESSALOWSKI

ANZEIGE

**AP**  
**AUDEMARS PIGUET**  
*Le maître de l'horlogerie depuis 1875*

**ROYAL OAK OFFSHORE**  
**CHRONOGRAPH**

[www.audemarspiguet.com](http://www.audemarspiguet.com)

## Chefbeamte umgehen oft das Gesetz

Finanzaufsicht kritisiert Beschaffungspraxis der Generalsekretariate – Parlament fordert Massnahmen

**BERN** Ausgerechnet die Chefbeamten in den Vorzimmern der Landesregierung halten die gesetzlichen Regeln für den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen «nur teilweise» ein.

Die harsche Kritik der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) trifft die Generalsekretariate von Didier Burkhalter, Micheline Calmy-Rey, Eveline Widmer-Schlumpf sowie der Ex-Bundesräte Hans-Rudolf Merz und Moritz Leuenberger:

► In Widmer-Schlumpfs ehemaligem Generalsekretariat im Justizdepartement sind Beschaffungen unrechtmässig gesplittet worden. Vorgeschriebene Schwellenwerte, ab denen ein Vergabeverfahren eingeleitet werden muss, wurden nicht eingehalten.

► Auch Moritz Leuenberger, einst Chef der Milliardenbaustelle Neat, bekommt sein Fett weg. In seinem Generalsekretariat sei der Schwellenwert von 248 950 Franken für Auftragsausschreibungen ebenfalls nicht eingehalten worden. Ein Wettbewerb habe bei

Einkäufen meist nicht stattgefunden, die Dokumentationen seien oft intransparent.

► Selbst im Sekretariat von Ex-Finanzminister Hans-Rudolf Merz war das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen nur Papier: Auch hier seien Aufträge aufgeteilt worden, um Schwellenwerte zu unterschreiten.

Die lockere Beschaffungspraxis der Generalsekretariate, die in

der Verwaltung eigentlich Vorbild sein müssten, hat die Finanzdelegation des Parlaments auf den Plan gerufen: Sie verlangt, dass das Beschaffungswesen der Verwaltung überprüft wird. Konkret wollen die Parlamentarier, dass Massnahmen gegen Gesetzesumgehungen getroffen werden. Freihändige Vergaben, bei denen der Wettbewerb ausgeschaltet wird, müssten reduziert werden.

### Schweizer Botschaft: Eternit für sechs Millionen

Die Finanzkontrolle des Bundes deckt hohe Kosten der Botschaft in Islamabad auf.

In der pakistanischen Hauptstadt steht die vermutlich teuerste Schweizer Botschaft weltweit. Zumindest was den Unterhalt betrifft. 2009 musste die Fassade durch Eternit ersetzt werden, da die Marmorplatten nicht genügend befestigt waren. Kostenpunkt: 6 Millionen Franken. 12,5 Millionen Franken hatte der Bau 1988 gekostet. Damals musste es Marmor sein, um die Harmonie des Quartiers nicht zu stören. Die Franzosen vis-à-vis logieren ebenfalls hinter dem edlen Stein. Auch die hohen Sicherheitskosten – 450 000 Franken jährlich sowie ein elektronisches Überwachungssystem für 350 000 Franken – monierte die Finanzkontrolle in dem in der letzten Woche veröffentlichten Bericht. TITUS PLATTNER

Über die schlechten Zensuren ist man in den Vorzimmern der Regierung unglücklich. Die Zeit reiche oft nicht für eine korrekte Ausschreibung, heisst es hinter vorgehaltener Hand. Offiziell gibt man sich einsichtig: Die Empfehlungen der EFK stellten eine wertvolle Richtschnur dafür dar, wie die Bestimmungen anzuwenden seien, schreibt etwa das Justizdepartement.

Nicht nur regelwidrige Beschaffungen kritisiert die Finanzaufsicht in ihrem bislang nicht bekannten 29-seitigen Bericht. Auch das Engagement von externen Beratern sei teils intransparent. Ausgerechnet bei Ex-Finanzminister Merz sei der Einkauf externer Dienstleistungen so undurchschaubar gewesen, dass er «nur mit viel Aufwand» ermittelt werden konnte. In den geprüften Jahren 2007 bis 2009 gaben Merz' Chefbeamte dafür immerhin 7,4 Millionen aus. MARTIN STOLL

Der Prüfbericht ist abrufbar unter [www.sonntagszeitung.ch](http://www.sonntagszeitung.ch)